

[BDVP Halle]

**Halle, den 1.7.1953**

[Eing. 3.7.53]

[Kürzel einer Unterschrift]

**B e r i c h t**  
**über den Verlauf der faschistischen Provokation in den Kreisen und Großbetrieben des**  
**Bezirk H a l l e / Saale**

I. Beginn der faschistischen Provokation in den Kreisen und Großbetrieben des Bezirkes Halle/Saale.

Erste wesentliche Anzeichen der kommenden Ereignisse gab es am 17.6.1953 im Bezirk Halle in den folgenden Kreisen und Großbetrieben:

Kreis B i t t e r f e l d

In der Film- sowie der Farbenfabrik Wolfen nahm beim Frühschichtwechsel ein Teil der Arbeiter die Arbeit nicht auf und versammelten sich in den Höfen und Straßen der Werke. Besonders aktive Provokateure und Hetzer wiegelten die Belegschaft auf, solange die Arbeit niederzulegen, bis die Forderungen der Bauarbeiter der Berliner Stalinallee, die am Vortage durch einen Streik und durch entsprechende Demonstrationen aufgestellt worden seien, der Belegschaft bekanntgegeben würden.

Es gelang den Provokateuren in den beiden Werken in kurzer Zeit, bis auf geringe Reste die gesamte Belegschaft der Frühschichten zur Arbeitsniederlegung zu bewegen. Durch diesen „Erfolg“ ermutigt, formierten sie Demonstrationzüge, die zunächst innerhalb der Werke demonstrierten, die Hauptgebäude der Verwaltung sowie die Werkfunkanlagen und die Telefonzentralen besetzten. Es bildeten sich sogenannte Streikleitungen, die die Belegschaft aufforderten zur Demonstration nach Bitterfeld, wo eine zentrale Streikleitung bestehen sollte. Gegen 08.00 Uhr bereits hatten 1.500 Belegschaftsmitglieder der Farbenfabrik Wolfen das Werk verlassen und marschierten zur Filmfabrik. Unterwegs schlossen sich große Teile der Einwohner von Wolfen an, so daß ca. 10.000 Menschen nach gewaltsamer Sprengung der Tore und Pforten in der Filmfabrik versammelt waren. Gegen 09.00 Uhr traten sie den Marsch nach Bitterfeld an, nachdem im Werke bereits und in der Stadt Wolfen Zerstörungen der Sichttagitation u.ä. durchgeführt wurde.

Kreis E i s l e b e n

Mansfeld-Kombinat. In der Nacht zum 17.6.1953 waren in Eisleben an mehreren Stellen auf Plakaten demokratischer Organisationen handgeschriebene Parolen angebracht worden, "Mansfelder, auf zum Generalstreik!" Während bei Beginn der Frühschicht alle Schächte und Hütten des Mansfeld-Kombinates die Arbeit aufnahmen, obwohl bereits in vielen ebenfalls provokatorische Gruppen die Hütten- und Bergarbeiter zur Arbeitsniederlegung aufforderten,

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

fuhr die Fröhschicht des „Otto-Brosowski-Schachtes“ nicht ein, sondern verlangte mit ähnlichen Forderungen, wie von der Farben- und Filmfabrik gefordert, Aufklärung über Berliner Ereignisse. Die Kumpels des „Otto-Brosowski-Schachtes“ allerdings gingen nicht zu Demonstrationen über, sondern blieben zunächst über Tage, bildeten eine Streikleitung, die unter Leitung faschistischer Provokateure extreme Forderungen aufstellte, wie: Beseitigung der Regierung, 40 %ige Senkung der HO-Preise, Freilassung der Gefangenen usw.

Inzwischen hatten die Bauarbeiter der Bau-Union Eisleben, die zum Bau eines Kulturhauses eingesetzt waren, ebenfalls die Arbeit niedergelegt und bildeten eine Demonstration, die bis auf 500 Mann anwuchs, durch die Straßen Eislebens zog, ohne zu terroristischen Handlungen überzugehen, und sich gegen 10.30 Uhr, nach ca. einstündiger Dauer, wieder auflösten.

Durch die Niederlegung der Arbeit auf dem „Otto-Brosowski-Schacht“ griff diese Streikbewegung im Laufe des Vormittags auf die anderen Schächte des Kombines über außer „Thomas-Münzer-Schacht“, so daß die Kumpels gegen Mittag aus allen Schächten wieder ausgefahren waren.

Jedoch erst gegen 15.00 Uhr formierte sich vom „Fortschritt-Schacht“ her, der ca. drei Kilometer von Eisleben entfernt liegt, ein Demonstrationzug in Richtung Eisleben.

#### Stadt Halle

Der Ausgangspunkt der Unruhen usw. im Stadtgebiet von Halle war die Waggonfabrik Ammendorf. Bereits gegen 06.00 Uhr früh, bei Antreten der Fröhschicht, verstanden die Provokateure, unter den Arbeitern Diskussionsgruppen zu bilden. Als Hauptdiskussionspunkt nahmen sie die administrative Durchführung der Normenerhöhung. Durch den BS wurde die BPO sofort in Kenntnis gesetzt, und diese versuchte, durch Agitation die Stimmung der Diskussionsgruppen positiv zu beeinflussen. Gegen 06.30 Uhr gingen die Gruppen von Werkträgten durch die einzelnen Betriebsabteilungen und forderten die noch in Arbeit stehenden Werkträgten auf, sich nach der Schmalspurabteilung zu begeben, wo eine BGL-Versammlung abgehalten werden sollte.

Nachdem sich etwa 2.000 Werkträgten vor dem Verwaltungsgebäude versammelt hatten, traten Diskussionsredner auf, die die Herabsetzung der Normen, der HO-Preise und den Sturz der Regierung forderten. Die Werkträgten wurden aufgefordert zu streiken. Die Kollegen, die die Unsinnigkeit dieses Unternehmens erkannten, wurden an der Weiterarbeit gehindert.

Gegen 10.20 Uhr formierten sich die Werkträgten des Betriebes zu einem Demonstrationzug in Richtung Stadtmitte Halle. Zuvor hatten Mitglieder der Streikleitung der Waggonfabrik telefonisch und persönlich mit anderen Betrieben, wie z.B. Ifa-Karosseriewerk, Maschinenfabrik Halle, MTS-Reparaturwerkstatt usw. Verbindung aufgenommen und zum Streik aufgerufen. Der Demonstrationzug nahm zahlenmäßig von 2.000 auf 6.000 Demonstranten zu, indem sich Arbeiter der an der Stalinallee liegenden Betriebe bzw. viele Angehörige kleinbürgerlicher Schichten anschlossen. Die unter dem Demonstrationzug befindlichen Provokateure drangen zum Teil gewaltsam in die Betriebe ein, es gelang ihnen in vielen Fällen, mit Terror die Arbeiter zum Verlassen ihrer Betriebe zu zwingen, ein größerer Teil allerdings schloß sich aus eigenem Willen dem Zug an bzw. verließ die Betriebe.

#### Kreis R o ß l a u

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Im Kreis Roßlau wurde ebenfalls nach Schichtwechsel die Belegschaft der Roßlauer Schiffswerft von Rädelsführern aufgewiegelt, die Arbeit nicht aufzunehmen und eine Belegschaftsversammlung durchzuführen, bei der von vornherein faschistische Forderungen, wie: Absetzung der Regierung, Befreiung der „politischen“ Gefangenen und ähnliche aufgestellt wurden. Gegen 09.30 Uhr verließen ungefähr dreiviertel der Belegschaftsmitglieder (ca. 1.600 ) den Betrieb und führten eine provokatorische Demonstration in der Stadt durch. Der Demonstrationzug wuchs rasch auf ca. 3 – 4.000 Menschen an durch Zulauf aus anderen Betrieben und vielen kleinbürgerlichen Elementen.

### Kreis Merseburg

Buna-Werk: Nach Schichtwechsel im Buna-Werk 06.30 Uhr setzte in den einzelnen Betrieben und Werkstätten eine intensive Hetze verschiedener provokatorischer Gruppen ein, die dazu führten, daß gegen 09.52 Uhr die Werks sirene heulte und in kurzer Zeit ca. 5.000 Werksangehörige auf der Hauptstraße des Werkes sich zusammenrotteten und ebenfalls von vornherein mit aggressiven Parolen in Sprechchören auftraten. Die geschlossenen Tore des Werkes wurden gewaltsam gesprengt. Gegen 11.00 Uhr marschierten ca. 6.000 Mann nach Merseburg.

Leuna-Werk: In den Leuna-Werken begannen ebenfalls die Unruhen gegen 09.30 Uhr, nachdem vorher in den Betrieben und Werkstätten entsprechende Hetzvorarbeit geleistet war. Insbesondere aus den Reparaturwerkstätten zogen größere Gruppen von Arbeitern unter Führung von faschistischen Provokateuren zum Hauptverwaltungsgebäude, dem Sitz der sowjetischen Generaldirektion, wobei das faschistische Deutschlandlied von einem Teil gegrölt wurde und Sprechchöre den Sturz der Regierung und des ZK, Absetzung sämtlicher Funktionäre der Partei und Massenorganisationen, 40 %ige Senkung der HO-Preise usw. forderten. Auch hier wurden Transparente, Losungen, Bildnisse von leitenden Funktionären usw. von den Gebäuden heruntergerissen und zerstört. Ein Teil des Verwaltungsgebäudes wurde von den Massen besetzt, die auf ungefähr 4.000 angewachsen waren. Gegen 11.00 Uhr setzten sich ca. 3.500 Mann in Richtung Merseburg in Bewegung.

Die geschilderten Unruhen waren im wesentlichen der Ausgangspunkt der Provokationen. In einigen Großbetrieben und Kreisen kam es zu ähnlichen Ereignissen, die aber nicht einen solchen Umfang annahmen, wie z.B. im Krs. Quedlinburg (EHW Thale), im Kreis Weißenfels (Temag und Schuhfabriken).

In einem wesentlichen Teil der Kreise und Großbetriebe des Bezirkes Halle gab es zwar am 17.6.1953 erhebliche Diskussionen, die auch provokatorischen Charakter annahmen, wobei es aber in solchen Industrie-Zentren wie im Kreis Dessau (Waggonfabrik, RAW, Polysius), im Kreis Zeitz (Hydrierwerk, Kombinat Profen, Braunkohlengruben), Kreis Hohenmölsen (Kombinat Deuben), in den Merseburger Braunkohlengruben und Brikettfabriken (Groß-Kayna, Müheln, Neumark), Kreis Sangershausen (Mifa, Maschinenfabrik, Thomas-Münzer-Schacht), im Kreis Aschersleben (Wema, EKB Nachterstedt) und im Kreis Wittenberg (Chemische Werke Piesteritz) zu keinerlei Arbeitsniederlegung, Demonstrationen und terroristischen Provokationen kam. Daß es hierzu in einigen von den genannten Kreisen nicht kam, war auch dem energischen Auftreten der Staatsorgane, insbesondere der Volkspolizei zu verdanken.

## II. Weitere Entwicklung in diesen Schwerpunkten

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Kreis Bitterfeld

Der Demonstrationzug, ca. 10.000 Menschen, der sich, wie oben aufgeführt, auf dem Marsch nach Bitterfeld befand, zog zunächst zum EKB Bitterfeld, von dem sich ebenfalls der größte Teil der Arbeiter anschloß, und drang dann in das Stadtgebiet bzw. Stadtzentrum vor. Gegen 11.00 Uhr wurde hier eine „Kundgebung“ auf dem Platz der Jugend durchgeführt, wobei jetzt eindeutig faschistische Parolen die Massen beherrschten.

Im Anschluß daran kam es zu ausgesprochen faschistischen Pogromen. Zunächst wurde die Dienststelle des MfS gestürmt, dann der Sitz der Kreisleitung der Partei, die Gebäude des Kreisrates und der Stadtverwaltung. Überall wurden die bekannten Zerstörungen angerichtet, Funktionäre terrorisiert, zum Teil von der Menge mitgeschleift und übel mißhandelt. Dann zog der Hauptteil der Demonstranten vor die UHA, während vorher sogenannte Delegationen bereits im VPKA Bitterfeld waren und provokatorische Forderungen auf Herausgabe von Gefangenen usw. stellten. Durch verräterisches und untaktisches Handeln des VPKA-Leiters sowie anderer Offiziere und anderer Staatsfunktionäre, wie Staatsanwalt und Leiter des MfS, gelang es der aufgeputschten Menge, die UHA sowie das VPKA zu stürmen, sämtliche Gefangenen zu befreien und die Gebäude zu besetzen.

Im Kreis Bitterfeld war auf diese Weise in den Mittagsstunden eine solche Lage entstanden, daß es keinerlei Organe mehr gab, welche die Staatsautorität verkörpern konnten. Ebenfalls gab es keine Organe der Partei, von denen aus die Lenkung der notwendigen Gegenmaßnahmen geschehen konnte.

In dieser Lage gab es jedoch Beispiele von heldenhaftem Verhalten von Volkspolizisten, wie z.B. im Haftlager Bitterfeld, in der Fernmeldezentrale des Kreises u.ä., wo dem Terror und der Überlegenheit der Provokateure und der verhetzten Massen nicht gewichen wurde (siehe unten). Erst durch das Eingreifen sowjetischer Offiziere und Soldaten wurde gegen 14.00 Uhr die Lage dadurch wieder einigermaßen wiederhergestellt, daß die wesentlichsten Gebäude von sowjetischen Soldaten besetzt wurden, um den Funktionären des Staates und der Partei die Möglichkeit zu geben, die Niederschlagung des Putsches zu organisieren.

Während in den wesentlichsten Betrieben des Kreises Bitterfeld in den Nachtstunden die Arbeit noch fast ruhte, zeigte sich im Laufe des 18.6., daß die energischen Maßnahmen, die unter dem Schutz der sowjetischen Freunde von Staatsorganen und Partei eingeleitet wurden, und die inzwischen zum großen Teil eingetretene Ernüchterung der Arbeiter aus den Großbetrieben dazu führte, daß wesentliche Teile der Belegschaften die Arbeit bereits am Morgen wieder aufnahmen und im Laufe des Tages bis zu 80 % gearbeitet wurde. Eine Ausnahme bildete hier die Filmfabrik, in der bis zum Abend des 18.6.1953 erst 50 % die Arbeit wieder aufgenommen hatte. Am 19.6.1953 wurde bis auf wenige Ausnahmen in allen Betrieben wieder vollzählig gearbeitet. Verschiedene Provokateure versuchten am 18. wie auch noch am 19.6., die Belegschaft unter der Parole aufzuwiegeln „Die Streikleitungen müssen freigelassen werden“, was ihnen aber nicht gelang.

Inzwischen waren fast alle Streikleitungen durch energische Maßnahmen der Staatsorgane zerschlagen worden, zum großen Teil durch Festnahmen. Einigen gelang es zu flüchten.

Kreis und Stadt Halle

10.25 Uhr wurden die Arbeiter der Grube Ammendorf sowie der MTS-Reparaturwerkstatt aufgefordert, mitzustreiken.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Die Demonstranten konnten ungehindert am Objekt der KVP Halle, Stalinallee, vorbeiziehen, da die KVP keine Anweisung zum Eingreifen erhielt bzw. diese untersagt wurde. 11.10 Uhr wurden die Arbeiter der Ifa-Karosseriewerke zum Mitstreiken aufgefordert und die dort angebrachten Transparente heruntergerissen.

Immer mehr nahm die Demonstration provokatorischen Charakter an, indem sie angebrachte Sichtwerbungen zerstörten, in HO- und Konsumgeschäfte eindringen und tätliche Angriffe auf Partei- und Staatsfunktionäre verübten. 11.40 Uhr erreichte die Demonstration den Thälmann-Platz, wurde dort durch energisches Auftreten des BS (O) und der Parteifunktionäre am Stürmen der Kreisleitung gehindert, schwenkte in die Clement-Gottwald-Straße ein und zog vor das Gebäude der Justizverwaltung am Hansa-Ring, welches 12.05 Uhr erreicht wurde.

Dort wurde unter Verwüstungen die Freilassung der Häftlinge gefordert, wobei sie ebenfalls tätliche Angriffe auf die Richter verübten. Anschließend bedrohten die Provokateure die Strafanstalt II, Kleine Steinstraße. Während ein Teil der Demonstranten sich in Richtung Große Steinstraße weiterbewegte, belagerten vor allen Dingen die Provokateure und Verbrecher die SV und versuchten, in dieselbe einzudringen.

12.15 Uhr wurde ein Angriff auf die Bezirksleitung der Partei am Marx-Engels-Platz unternommen. Bei Eintreffen des Demonstrationszuges vor dem Haus der Einheit (Bez.-Leitung) wurden die Posten des BPO eingezogen, das Haupttor verschlossen und der BPO sowie die Genossen des Hauses zogen sich in das Hauptgebäude zurück und schlossen sich überwiegend in ihren Zimmern ein.

Das nächste Ziel der Provokateure war, das Gebäude vom Rat des Bezirkes, Willi-Lohmann-Straße, zu stürmen, was ihnen 13.20 Uhr gelang. Ebenfalls wurde das VPKA Halle/Saale sowie die SV Kirchtor belagert und versucht, zu stürmen, was ihnen jedoch nicht gelang, da in beiden Fällen von der Schußwaffe Gebrauch gemacht wurde. In Halle versuchten die Banditen in erster Linie, die Verbrecher und andere Strafgefangene aus den SV-Anstalten sowie Untersuchungshaftanstalten zu befreien, um aktive Helfer für ihre Pläne zu gewinnen. Um 16.00 Uhr wurde der Ausnahmezustand mit der Bekanntgabe der Sperrzeit ab 21.00 Uhr über die Stadt Halle verhängt.

Im Anschluß an diese provokatorische Demonstration zogen die Anführer in einzelnen Gruppen durch die Stadt und gaben die Losung aus, daß gegen 18.00 Uhr eine „Großkundgebung“ auf dem Hallmarkt stattfinden solle.

Trotz des inzwischen verkündeten Ausnahmezustandes konnte diese Kundgebung von den Faschisten auf dem Hallmarkt noch durchgeführt werden, da auch von der inzwischen bei der Bezirksleitung der Partei unter Leitung des Genossen Fred Oelßner vom ZK gebildeten Einsatzleitung und nach Rücksprache mit dem sowjetischen Vertreter und Bezirkskommandanten ein Eingreifen der VP – KVP und auch der sowjetischen Soldaten noch nicht für ratsam erachtet wurde, da zu diesem Zeitpunkt noch zu schwache Kräfte in Halle anwesend seien (siehe unten).

Auf dem Hallmarkt versammelten sich gegen 18.00 Uhr ca. 25.000 Menschen, die von solchen Elementen wie der inzwischen aus der VA II Halle befreiten SS-Kommandeuse

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Dorn<sup>1</sup> und einem vor Jahren aus der Volkspolizei wegen Unzuverlässigkeit Entpflichteten zu weiteren Terrormaßnahmen und zum Generalstreik aufgeputscht wurden. Im Anschluß an diese „Kundgebung“ durchzogen verschiedene Teile der Teilnehmer die Stadt, die, soweit sie sich bis dahin noch nicht verlaufen hatten, mit Eintreten der Sperrstunde von sowjetischen Soldaten zersprengt wurden.

Durch die in der Nacht zum 18.6. von der genannten Einsatzleitung eingeleiteten Maßnahmen sowohl in der Stadt Halle wie auch in einzelnen Kreisen gelang es am 18.6.1953 den Rädelsführern nicht mehr, irgendwelche Demonstrationen zu organisieren. Lediglich in einigen Betrieben wurde die Arbeit noch nicht aufgenommen, so in der Lowa-Ammendorf, im Ifa-Karosseriewerk, Diamalt, EKM Hohenthurm und mehreren Kleinbetrieben. In dem Reichsbahnausbesserungswerk legten die Arbeiter vorübergehend die Arbeit nieder, gingen jedoch durch geschickten Einsatz leitender Funktionäre wieder an ihre Arbeit zurück.

Am Abend des 18.6.1953 gab es eine Menschenansammlung innerhalb der Stadt Halle, insbesondere auf dem Markt, die durch konzentrierten Einsatz von 200 mit Karabinern bewaffneten VP- und KVP-Angehörigen zersprengt wurde, wobei eine an der Zusammenrottung unbeteiligte Frau erschossen wurde.

Da sich die Lowa Ammendorf immer mehr als weiterer Schwerpunkt in der Stadt Halle zeigte und von dort aus immer wieder (Unruhe-) Versuche gemacht wurden, andere Werke zur Arbeitsniederlegung zu bestimmen, wurde die Waggonfabrik am 19.6. früh durch Einheiten der KVP kurz nach Schichtwechsel besetzt. Den Arbeitern wurde bei Schichtwechsel ein Flugblatt des Chefs der DVP im Bezirk Halle ausgehändigt, in dem darauf hingewiesen wurde, daß die Arbeiter, die die Schicht nicht aufnehmen wollen, den Betrieb zu verlassen haben und keinerlei Demonstrationen, Kundgebungen, Ansammlungen usw. geduldet werden, und der Betrieb solange von der Volkspolizei besetzt bleibt, bis die arbeitswilligen Arbeiter in Ruhe ihrer Arbeit wieder nachgehen können.

Das energische Auftreten führte dazu, daß der größte Teil der Belegschaft im Laufe des Sonnabendvormittags die Arbeit aufnahmen und der Unruheherd beseitigt werden konnte.

Ähnliche Maßnahmen in den Ifa-Karosseriewerken, dem EKM-Hohenthurm hatten am 19.6.1953 zum Ergebnis, daß aufkommende Schwerpunkte sich nicht entwickeln konnten.

Im wesentlichen trugen in Halle wie in Bitterfeld und anderen Kreisen die in der Nacht vom 17. zum 18. schnell erfolgenden Festnahmen der Haupttätersführer und Provokateure und die Einsicht der zwar von einer tiefen Unzufriedenheit erfaßten Arbeiter zur fast vollständigen Aufnahme der Arbeit in allen hallischen Betrieben und Verhütung aller weiteren terroristischen Provokationen, wobei besonders der Schutz der sowjetischen Freunde unterstrichen werden muß.

Bei den Demonstrationen am 17. kam es durch Einsatz von Waffen der Volkspolizei am VPKA Halle, an der SV Kirchtor und der Kreisleitung der Partei zu mehreren Todesopfern,

<sup>1</sup> Als „Erna Dorn“ und vermeintliche „Kommandeuse“ im KZ Ravensbrück wurde am 22. Juni 1953 eine aus der Haftanstalt II in Halle befreite Frau vom Bezirksgericht Halle zum Tode verurteilt und am 1. Oktober 1953 enthauptet, deren wirklicher Name nicht einmal bekannt war und deren tatsächliche Geschichte sich bis heute nicht aufklären liess. Der SED-Propaganda diene „Erna Dorn“, zur Rädelsführerin in Halle stilisiert, als Beweis für die Charakterisierung des Aufstandes als „faschistischer Putsch“. Vgl. André Gursky, Erna Dorn - „zum Tode verurteilt“, Halle 1996; Falko Werkentin, Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, Berlin 1995, S. 183 ff.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

insgesamt 6, wobei es sich bei vier Personen um solche handelte, die versuchten, die Objekte zu stürmen, während zwei als Unbeteiligte mit zum Opfer der Provokation wurden.

Die Ruhe und insbesondere die ordentliche Durchführung der Arbeit in den Betrieben war am 22.6.1953 im Stadtbereich Halle wieder hergestellt.

### Kreis E i s l e b e n

Der sich vom Fortschrittshacht her nach Eisleben formierende Demonstrationzug erreichte Eisleben gegen 15.30 Uhr. In Eisleben selbst war zu dieser Zeit durch den sowjetischen Kreiskommandanten bereits der Ausnahmezustand kurz zuvor verkündet worden. Bei der Verkündung auf dem Markt versuchte eine Frau aus einem nahegelegenen Haus, die sowjetischen Soldaten zu fotografieren. Sie wurde von der Volkspolizei festgenommen. Die Demonstranten forderten nach Ankunft auf dem Markt die sofortige Freilassung dieser Frau neben den anderen schon genannten Forderungen. Es gelang ihnen, da die Offiziere und Wachtmeister des VPKA Eisleben von der Schußwaffe keinen Gebrauch machten, in das VPKA einzudringen und einige K-Angehörige schwer zu mißhandeln und im Erdgeschoß Verwüstungen anzurichten. Durch das unerschrockene Auftreten des Amtsleiters gelang es, die Demonstranten mit Hilfe einiger besonnener Arbeiter aus dem VPKA nach 20 Minuten wieder herauszudrängen.

Inzwischen war die UHA Eisleben von den Demonstranten ebenfalls belagert und gestürmt worden, da auch hier von der Schußwaffe kein Gebrauch gemacht wurde und vorher versäumt war, eine entsprechende Verstärkung in die Haftanstalt zu legen. Sämtliche Gefangenen wurden gewaltsam befreit. In der Stadt richteten die Provokateure einige Verwüstungen an, ohne weitere Staats- oder Parteigebäude zu besetzen. Der Leiter des Hüttenkombinates, Genosse G., war vorher bei einem Versuch, die Kumpels von ihrem unsinnigen Vorgehen abzubringen, von diesen niedergeschlagen worden. Im Anschluß an den Sturm auf die UHA Eisleben marschierte ein Teil der Demonstranten in Richtung Volkstedt, um die in dem dort gelegenen Haftlager befindlichen Strafgefangenen zu befreien. Vorher waren bereits Demonstranten auf LKW im Haftlager erschienen, die aber unter Anwendung von Waffengewalt davongejagt wurden. Die Demonstranten versuchten in Stärke von 1.000 Mann, nach Volkstedt zu gelangen, wurden aber vorher auseinandergeschlagen, da inzwischen sowjetische Soldaten auch in Eisleben in größerer Zahl die Lage wieder herstellten.

In der Nacht vom 17. zum 18. wurde die Nachtschicht im Mansfeld-Kombinat fast nicht wahrgenommen. Die Frühschicht des 18.6. fuhr in die Schächte nicht ein. Hinzu kam, daß am 18. die Belegschaften der meisten Hütten ebenfalls die Arbeit niederlegten, obwohl sie am 17.6. weiter gearbeitet hatten bis auf wenige Ausnahmen. Im Verlauf des 18. wurde auch die Arbeit bis auf Bruchteile der Belegschaft nicht aufgenommen. Die meisten Berg- und Hüttenarbeiter verließen die Schächte und Betriebe.

In der Nacht vom 18. zum 19. wurde der 2. Sekretär der Bezirksleitung im Gebiet des Mansfeld-Kombinates eingesetzt, der den Auftrag hatte, unbedingt die Wiederaufnahme der Arbeit in Mansfeld zu erreichen.

Es gelang auch, am 19. die Frühschicht des Otto-Brosowski-Schachtes, die zuerst die Arbeit im Mansfeld-Kombinat niedergelegt hatte, zur Wiederaufnahme der Arbeit zu 80 % zu bewegen. Dieses Beispiel war der Ausgangspunkt für die Wiederaufnahme der Arbeit in fast

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

allen Hütten und Schächten des Kombinates im Laufe des 19.6., so daß die Nachtschicht fast voll gefahren werden konnte.

Am 19.6. jedoch war der Thomas-Münzer-Schacht in Sangershausen, der zum Mansfeld-Kombinat gehört, in den Streik getreten. Die Provokateure erreichten, daß auch die Maschinenfabrik Sangershausen, die Mifa und einige andere kleinere Betriebe im Kreis Sangershausen und Artern die Arbeit niederlegten. Durch intensiven Einsatz von Funktionären der Partei und polizeiliche Maßnahmen (Festnahmen der Hauptträdelsführer und Provokateure) gelang es im Laufe des Vormittags des 20., auch in Sangershausen die Mehrzahl der Arbeiter wieder zur Arbeitsaufnahme zu bewegen. Am 22. war im gesamten Mansfeld-Gebiet die Lage insofern wieder hergestellt, daß alle Hütten und Schächte und andere Betriebe voll arbeiteten.

### Kreis Roßlau

Die Demonstranten von Roßlau unter Führung faschistischer Elemente zogen vor das Gebäude der Stadtverwaltung und vor das VPKA, wo sie ungefähr gegen 10.00 Uhr erschienen und versuchten, in das VPKA einzudringen. Durch energisches Auftreten des Amtsleiters und der VP-Angehörigen des Kreisamtes konnte das Eindringen verhindert werden. Inzwischen wendeten sich die Provokateure aber gegen die UHA, um die Gefangenen zu befreien. Auch hier gelang es nicht, wegen mangelnder vorheriger Sicherung und Nichtanwendung der Schußwaffe, trotz tapferen Auftretens einiger Volkspolizisten, vor Besetzung, Verwüstungen und Befreiung der Gefangenen zu schützen. Es wurden sämtliche Gefangene befreit. Dabei wurde die Kreisstaatsanwältin schwer mißhandelt. Weitere Versuche der Provokateure, in der Stadt Roßlau das Gebäude der Kreisleitung der Partei sowie des DFD zu zerstören, wurde durch schnelles Eingreifen der sowjetischen Truppen verhindert. Ebenfalls wurde durch dieses Eingreifen der Versuch, die SVA Coswig anzugreifen, unterbunden. Einzelne Versuche von weiteren Provokationen wurden schnell durch Streifen der Volkspolizei und sowjetische Soldaten zerschlagen. Am 18.6. nahm lediglich ein Teil der Belegschaft der Roßlauer Schiffswerft die Arbeit nicht auf. Es wurde versucht, eine neue Demonstration zu organisieren. Durch Eingreifen des Kreiskommandanten wurde dieser Versuch noch auf dem Werksgelände zerschlagen und die Demonstration aufgelöst. Am 19.6. flammte die Streikbewegung nochmals im Schwefelsäure-Werk Alcid in Coswig bei einem Teil der Belegschaft auf. Hier gelang es durch Einsatz von Agitatoren schnell, die gesamte Arbeitsaufnahme herbeizuführen, so daß im Kreis Roßlau durch die bei anderen Kreisen bereits aufgeführten Maßnahmen im wesentlichen am 20.6. die Ruhe hergestellt war.

### Kreis Merseburg

Die aus dem Buna- und Leuna-Werk Demonstrierenden zogen erst durch die Stadt Merseburg, wobei sie schon zu terroristischen und faschistischen Provokationen übergingen. Vorher war bereits ein in den Buna-Werken in die Hände der Aufrührer gefallener Lautsprecherwagen der Kreisleitung durch die Stadt Merseburg gefahren mit der Aufforderung, sich dem Streik von Leuna und Buna anzuschließen. Ebenfalls ein weiterer LKW, besetzt mit Streikenden aus Buna, die im Sprechchor zum Anschluß an den Streik aufforderten. Auf dem Marx-Engels-Platz führten die Demonstranten eine „Kundgebung“ durch und zogen dann vor das Gebäude des MfS und der UHA. Auf Grund dessen, daß beide

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---



gegenüber diesen Verhältnissen äußerst mangelhaft gesichert waren, und durch Schuld der Dienststellenleiter gelang es den Provokateuren, in die Gebäude einzudringen und auch hier sämtliche Gefangene zu befreien. Anschließend wurde durch ebenfalls vollkommen ungenügende Sicherungsmaßnahmen das VPKA Merseburg gestürmt und auf mehrere Stunden besetzt. Erst durch das Eingreifen der sowjetischen Freunde gelang es in Merseburg so wie in den Großbetrieben, in den Leuna- und Buna-Werken, entsprechende Gegenmaßnahmen zu organisieren. Während in den Nachtschichten in Leuna und Buna nur ein geringer Prozentsatz der Belegschaft arbeitete, so wurde in beiden Werken am 18. in den Frühschichten die Arbeit voll wieder aufgenommen.

Wesentlich für die Entwicklung im Kreis Merseburg war, daß ein bedeutender Teil der Arbeiter außerhalb der Leuna- und Buna-Werke sich nicht an der Arbeitsniederlegung, Demonstration bzw. Terrorakten beteiligten. So z.B. das Stahlwerk Frankleben, die Braunkohlen- und Brikettfabriken des Geiseltales (Mücheln, Groß-Kayna, Neumark). Zu betonen ist auch, daß sowohl im Leuna- als auch in den Buna-Werken während des 17. die Hauptproduktion weiterlief und nur die Arbeit in den Werkstätten sowie Vorbereitungsbetrieben eingestellt wurde, wobei noch in Leuna von 18.000 Arbeitern in der Tagesschicht 11.000 bei der Arbeit blieben.

Diese Haltung eines großen Teils der Arbeiter, die ihre Unzufriedenheit nicht in der Form von Arbeitsniederlegung, Demonstrationen und Terrorakten auszudrücken versuchen, war ein Ausschlag gebender Grund dafür, daß es im Merseburger Industriezentrum verhältnismäßig schnell zur Wiederaufnahme der Arbeit und zur Beruhigung kam.

Während der Tage der faschistischen Provokation zeigten sich auf dem Lande nur wenig Auswirkungen, und zwar gab es solche Erscheinungen, daß z.B. der Patenschafts-LPG Heiligenthal, Krs. Hettstedt, des Otto-Brosowski-Schachtes die Arbeit einstellte, weil einige Provokateure vom Otto-Brosowski-Schacht festgenommen waren. Einige LPGs, die keine Festigkeit besaßen, besonders im Krs. Naumburg (Medau, Kukulau, Frankenau und Saaleck), lösten sich auf. In einer Gemeinde des Kreises Naumburg hatte ein Provokateur die 15 Großbauern des Dorfes zu einer Versammlung zusammengerufen, um mit dem ABV „abzurechnen“. Der Versuch schlug fehl durch schnelles Handeln der Volkspolizei. Trotz solcher Erscheinungen blieb aber die Lage auf dem Lande im wesentlichen ruhig, wenn sich auch infolge der Ereignisse des 17. Auflösungserscheinungen in einigen Kreisen fortsetzten.

Nachdem die Provokateure nochmals am 19. und 20. in den wesentlichsten Großbetrieben des Bezirkes versuchten, die Parole herauszugeben, am 22. bzw. 23., dem Tag des angeblichen Begräbnisses der Todesopfer, würde der Generalstreik einsetzen, und ihnen in keinem Fall mehr eine Arbeitsniederlegung der Belegschaften gelang, gaben sie die Parole heraus des individuellen Terrors gegen Funktionäre der Partei, der Staatsorgane und der Betriebe.

Aufgrund der durch die Ereignisse geschärften Wachsamkeit der Funktionäre und fortschrittlichen Arbeiter gelang dem Gegner bisher aber eine Verwirklichung dieser Parole im großen Maße nicht.

Am 22.6.1953 zeigte sich im gesamten Bezirk, daß die Arbeiter geschlossen in den Betrieben arbeiteten, die Ursachen ihrer Unzufriedenheit im wesentlichen noch bestanden, aber zur Einsicht gekommen waren, daß die Methode, diese Unzufriedenheit durch Arbeitsniederlegung und Demonstrationen nur dazu führten, daß faschistische Provokateure und Agenten des Imperialismus solche Maßnahmen der Arbeiter für sich nutzen, um zu versuchen, den demokratischen Staat zu zerschlagen, um wieder eine faschistische Regierung auszurufen. In fast allen Betrieben distanzierte sich die Mehrheit der Arbeiter von den

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

terroristischen Übergriffen, betont aber eindeutig, daß die Ursachen ihrer Unzufriedenheit in vielen Maßnahmen der Regierung und Partei durch energisches Handeln beseitigt werden müssen.

### III. Gegenmaßnahmen der Volkspolizei (sowie Lage in den anderen Staatsorganen und in der Partei).

Dieser Bericht hat lediglich den Zweck, die Entwicklung der akuten Lage am 17. und den folgenden Tagen darzustellen. Deshalb werden hier nicht die Ursachen eingehend untersucht, die dazu führten, daß die Volkspolizei sowie andere Staatsorgane und insbesondere auch die Partei über die Bedingungen einer solchen Entwicklung in den Betrieben, wie sie sich am 17.6. im Bezirk Halle zeigte, im höchsten Grade nicht informiert und unwissend waren. Die Tatsache jedoch besteht, daß Volkspolizei, MfS, Partei und andere Staatsorgane von der Vorbereitung einer solchen faschistischen Provokation in den Großbetrieben keinerlei Kenntnis besaßen und auch die wirkliche Haltung eines großen Teiles der Arbeiter falsch einschätzten.

#### a) Unmittelbare Maßnahmen der Volkspolizei

In der Nacht vom 16.6. zum 17.6. gegen 02.00 Uhr erhielt ich als Chef der Bezirksbehörde vom Generalinspekteur Seifert die Anweisung, Transportraum für 350 Mann und die höchstmögliche Zahl an Waffen und Polizeiknüppeln sofort nach der Zentralschule Aschersleben auf den Weg zu bringen, damit der Lehrgang auf dem schnellsten Wege nach Berlin transportiert werden könnte.

Gegen 04.55 Uhr wurde Anweisung gegeben an mich, die Angehörigen der BDVP sofort zu alarmieren, die Amtsleiter und Polit-Vertreter zu den Ämtern zu beordern und alle Dienststellen anzuweisen, auf irgendwelche Berliner Gruppen, die Betriebe im Bezirk aufsuchen wollten, scharf zu achten und sie sofort dem MfS zu übergeben. Irgendwelche Hinweise über die Entwicklung der Lage in Berlin vom 16. oder in der Nacht vom 16. zum 17. wurden dabei in keiner Form gegeben. Auch im Laufe des Vormittags des 17. gab es keine solchen Hinweise. Die Anweisungen wurden sofort durchgeführt. Gegen 07.30 Uhr wurde in der BDVP eine Beratung mit den Abteilungsleitern abgehalten, in der ihnen das bis dahin Bekannte mitgeteilt wurde, und es wurde angeordnet, daß jeder sich einsatzbereit halten soll, doch die Schulung wäre vorläufig weiter durchzuführen.

Gegen 08.30 Uhr wurden die ersten Meldungen vom Beginn der Ereignisse des 17.6., und zwar vom Nichteinfahren der Frühschicht des Otto-Brosowski-Schachtes und der Ansammlung der Arbeiter auf den Werkshöfen der Film- und Farbenfabrik Wolfen gegeben.

Gegen 09.00 Uhr wurde gemeldet, daß die Arbeiter der Film- und der Farbenfabrik Wolfen sich auf dem Marsch durch Wolfen und später auf dem Marsch nach Bitterfeld befanden.

Aufgrund einer solchen Entwicklung wurde die Schulung in der BDVP abgebrochen, das Ausbildungsbataillon neu formiert. Die Leitung aller Gegenaktionen lag unmittelbar beim Chef, seinen Stellvertretern und den Abteilungsleitern.

Wie sich im Laufe des Vormittags herausstellte, ging die neue Formation, Einteilung und Waffnung des Ausbildungsbataillons der BDVP viel zu langsam vor sich.

Gegen 09.45 Uhr kamen die ersten konkreten Meldungen über den faschistischen und auch beginnenden terroristischen Charakter der Demonstration in Bitterfeld. Doch der

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Zusammenhang der drohenden Gefahr und der gesamten politischen Bedeutung der sich entwickelnden politischen Ereignisse, insbesondere der Charakter einer faschistischen Provokation, wurde zu dieser Zeit von mir noch nicht erkannt. Erst nachdem sich aus den Kreisen (siehe oben) im schnellen Tempo die Meldungen häuften, ergab sich zwar noch nicht im vollen Umfange, aber im Prinzip richtig, eine klare Einschätzung der Vorkommnisse im Bezirk. Die Mehrzahl der Leiter der VPKA wurden von mir telefonisch über die Lage, soweit sie nicht von sich aus selbst die Meldung über solche Vorkommnisse an mich gaben, unterrichtet.

Dabei erhielten sie die Anweisung, ihre Kräfte zu konzentrieren, gegen Massendemonstrationen vorerst nicht vorzugehen (da bei den Demonstrationen aussichtslos wie z.B. Leuna, Buna, Bitterfeld u.a.), aber auf jeden Fall alle wesentlichen Objekte, insbesondere der Volkspolizei, zu sichern, und wenn notwendig, mit Waffengewalt zu verteidigen.

Als 10.20 Uhr die Mitteilung vom VPKA Halle gegeben wurde, daß die Arbeiter der Lowa Ammendorf auf dem Marsch nach Halle (ca. 3 km) sich befanden, wurde von mir und meinen Stellvertretern erwogen, mit den Kräften der Wacheinheit und der BDVP die Demonstration vor dem Stadtgebiet Halle auseinanderzutreiben. Es gab hierfür günstige Möglichkeiten. Ein Offizier der SKK übermittelte diese unsere Meinung dem Vertreter der Sowjetunion und dem Chef der Bezirkskommandantur, der mir ca. gegen 11.30 Uhr die Mitteilung machte, daß die Volkspolizei gegen die Demonstranten nicht vorgehen und öffentlich in Erscheinung treten soll. Bis dahin waren von mir zu einem konzentrierten Einsatz die Reserven der BDVP einschl. der Wacheinheit außer drei Zügen, die bereits im Kreis Bitterfeld eingesetzt waren, zusammengehalten worden.

Da inzwischen der faschistische Terror und unter seiner Verhetzung Massen der Demonstranten bereits im Stadtgebiet von Halle üble Verwüstungen anrichteten, wurde von mir Befehl gegeben, die wichtigsten Objekte durch (intensive) Reserven zu sichern. Durch mangelhafte Durchführung des gegebenen Befehls gelang es nur noch zwei voll bewaffneten Gruppen (mit Pistolen), die Bezirksleitung zu besetzen, nachdem bereits ein Teil der Demonstranten in diese eingedrungen waren, denen der BS(O) und die in der Bezirksleitung vorhandenen Genossen, obwohl noch 11 Pistolen nicht ausgegeben waren, keinen Widerstand entgegengesetzten. Es gelang den Gruppen zunächst, die Terroristen auf den Hof der BZL zurückzudrängen, sie wurden aber durch mangelnde Konsequenz der Gruppenführer, da sie keine Anweisung gegeben hatten, den Widerstand mit der Waffe zu brechen, von der Menge überwältigt und zum großen Teil entwaffnet. Erst nachdem die Bezirksleitung von ca. 1.000 Menschen überflutet war, trafen weitere vier Gruppen Verstärkung zur Verteidigung der BZL ein, die aber aufgrund ihres untaktischen Einsatzes, ihres einzelnen Eintreffens im Objekt, und indem sie von der Schußwaffe keinen Gebrauch machten, von den Demonstranten zerschlagen wurden und zum Teil entwaffnet wurden.

Durch falsche Aufteilung der Kräfte der BDVP waren die bestbewaffneten Gruppen in der BDVP zur Verteidigung derselben geblieben, während zwei von den in der Bezirksleitung eingesetzten Gruppen nur noch zu 1/3 mit Pistolen bewaffnet werden konnten. So gelang es nicht, die Verwüstungen in der Bezirksleitung zu verhindern.

Einer Gruppe von 20 Mann, die mit Pistolen voll bewaffnet war, gelang es, vor Eintreffen der Demonstranten den Bezirksrat zu besetzen. Durch das verräterische Verhalten des Genossen VP-Rat H., der als Gruppenführer eingesetzt war, wurde bei Eindringen der Menge von der

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Waffe kein Gebrauch gemacht, so daß es hier zu Verwüstungen und Entwaffnung der Volkspolizei kam.

Der Schutz der VA II war dem VPKA Halle übertragen worden. Die notwendige Verstärkung zur Innensicherung war nicht rechtzeitig zur Anstalt gebracht worden, so daß die Verteidigung zunächst aus eigenen Kräften von innen heraus durchgeführt werden mußte. Eine Gruppe von 20 Mann des VPKA Halle, die sich zur Verstärkung der Anstalt durch die Menge durchschlagen wollte, erreichte diese nicht, da sie von der Schußwaffe keinen Gebrauch machte. Sie wurde auseinandergeschlagen. Eine inzwischen von der KVP eingetroffene Gruppe von 27 Mann war, wie sich später herausstellte, zwar mit Karabinern bewaffnet, aber ohne Munition erschienen. Dabei beging der Führer dieser Gruppe noch den Fehler, zu zeigen durch Aufreißen der Schlösser, daß sie keine Munition im Magazin hatten. So wurde auch diese Gruppe im wesentlichen zerschlagen. Die Provokateure waren gegen 12.30 Uhr durch das Außentor des Gebäudes der Haftanstalt in diese eingedrungen, nachdem sie ohne Schwierigkeiten die Höfe der Anstalt besetzt hatten. Der diensttuende Leiter der Anstalt, VP-Komm. P., machte aus dem Zellenhaus heraus von der Schußwaffe Gebrauch, wodurch sich die Terroristen bis auf den Hof zurückzogen. Der Leiter der Abteilung Schutzpolizei des VPKA Halle, welcher mit einer Gruppe ohne Waffen vom VPKA-Leiter, Kdr. R., zur VA II geschickt wurde, verurteilte den Waffengebrauch. Es gelang zunächst durch das energische Auftreten der Anstaltsbesetzung, dem starken Druck der Terroristen standzuhalten. Durch ein Schreiben des Staatsanwaltes T., was durch einen VP-Angehörigen übergeben wurde und in dem angeordnet war, daß sämtliche Untersuchungsgefangene, welche bis zu drei Jahren verurteilt wurden, sofort freigelassen werden sollten, ließ sich der Anstaltsleiter auf Verhandlungen auf die Untersuchung der Richtigkeit dieses Schreibens ein und ließ sich bewegen, einige Gefangene freizugeben. Diesen Augenblick der Öffnung des Zellenhauses benutzten die Provokateure, um in dieses einzudringen und die in der Haftanstalt befindlichen VP-Angehörigen zu überwältigen, wobei fünf Waffen entwendet wurden. Auf diese Weise wurden 245 Gefangene gewaltsam befreit. Durch unbedingte Einhaltung des gegebenen Befehls, auch mit Waffengewalt die Objekte zu verteidigen, gelang es den Provokateuren nicht, in das VPKA Halle und die UHA I einzudringen.

Ebenfalls verstand es der Genosse Inspekteur B., Leiter der Strafvollzugsanstalt Kirchtor, durch Abwehr der Angreifer mit Waffengewalt die Stürmung dieser Anstalt zu verhindern.

Gegen 11.00 Uhr, als sich eindeutig der terroristische, faschistische Charakter der Streiks und Demonstrationen zeigte, nahm ich Verbindung mit den Dienststellen der KVP auf. Mir wurde zunächst von allen Dienststellenleitern mitgeteilt, daß sie z.Zt. noch mit dem MdI telefonisch Rücksprache halten, um entsprechenden Einsatzbefehl zu erhalten. Erst nachdem bereits das Amt Bitterfeld und einige andere öffentliche Gebäude verwüstet waren, hier in Halle es bereits zu größeren Ausschreitungen gekommen war und die BZL schon von den Demonstranten besetzt war und es sich seit längerem bereits gezeigt hatte, daß wir mit unseren Kräften allein der Lage nicht mehr Herr würden, wurden einige geringe Züge von den KVP-Einheiten zur Verfügung gestellt. Gleiche Erscheinungen zeigten sich bei den KVP-Einheiten in Weißenfels und Naumburg. Dabei wurden die ersten Züge der KVP noch, wie oben bereits mitgeteilt, zwar mit Karabinern, aber ohne Munition eingesetzt.

Angeordnete (Befehl) Gegenmaßnahmen der Volkspolizei wurden wesentlich beeinflusst von der Einhaltung der gegebenen Befehle durch die nachgeordneten Dienststellenleiter.

Das Verhalten der Amtsleiter in Bitterfeld, Merseburg und zum Teil auch in Eisleben zeigte, daß sie den gegebenen Befehl, die Volkspolizei-Objekte mit Waffengewalt zu verteidigen,

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

nicht durchführten. In Bitterfeld kam es zu offenem Verrat durch den damaligen Genossen Kdr. Nossek. Es desorganisierte direkt den Widerstand der Volkspolizei, indem er dem BS/A der Großbetriebe im Kreis Bitterfeld den Rat gab, die Waffen einzuschließen, indem er im Amt selber vor Eindringen der Provokateure das in seinem Zimmer befindliche Lenin-Bild von der Wand nahm, indem er die Sichtwerbung an den Außenwänden des VPKA aus „Vorsichtsgründen“ abnehmen ließ und dies auch anderen Dienststellen in Bitterfeld anriet, angeblich, um die Demonstranten nicht noch mehr zu reizen, und indem er sich mit dem Instrukteur der BDVP, dem Genossen Oberrat B., vor Eindringen der Demonstranten in die Haftanstalt ohne bewaffnete Gruppe zu dieser begab und gemeinsam mit dem Kreisstaatsanwalt F. mit den Provokateuren eine Kommission bildete, die die Akten der einsitzenden Häftlinge durchsah und auf diese Weise, soweit sie nicht bereits gewaltsam befreit waren, da kein Widerstand geleistet wurde, entließ. Er war durch sein verräterisches Verhalten ca. vier Stunden in den Händen der Aufrührer und ließ sich von ihnen als ihr Werkzeug benutzen. Auf diese Weise war der Widerstandswille der meisten VP-Offiziere und Wachtmeister im Kreise Bitterfeld lahmgelegt, und es gelang den Provokateuren auch, das VPKA zu stürmen und den Offizieren und Wachtmeistern die Schulterstücke bzw. Uniformen herunterzureißen sowie einige Verwüstungen anzurichten.

Zwei Züge, die dem VPKA Bitterfeld von mir zur Verteidigung der Objekte gestellt waren, wurden ohne Waffen, die Möglichkeit der Bewaffnung mit Karabinern bestand durch das VPKA Bitterfeld, zur Verteidigung der Haftanstalt so untaktisch eingesetzt, daß auch diese von den Massen der Demonstranten zerschlagen wurden.

Im Kreis Merseburg stellte sich eine außerordentliche Unfähigkeit des Amtsleiters, Kdr. W., bei der Organisierung des Widerstandes heraus. Noch vor Eintreffen der Demonstranten vor der Haftanstalt und dem VPKA wurde dort Schulung durchgeführt. Es war den Offizieren und Wachtmeistern keine Kenntnis von der bedrohlichen Lage gegeben worden, ja, der Polit-Vertreter unterband sogar Diskussionen der Offiziere und Wachtmeister, die sich selbst informieren wollten, indem er sie wieder an die Arbeit schickte. So kam es, daß sowohl die Haftanstalt keine verstärkte Sicherung erhielt und auch beim Eindringen in das VPKA keinerlei Sicherungsmaßnahmen organisiert waren, obwohl der Amtleiter telefonisch von mir Anweisung erhalten hatte. Hierbei ist besonders zu erwähnen das Verhalten des Leiters der Dienststelle des MfS Merseburg, Major G., der sich im Gebäude des VPKA Merseburg bei der Kriminalpolizei befand, dort den K-Angehörigen angeraten hat, die Waffen abzulegen, seine eigene und sein Parteidokument in den Blechschrank der K verschloß, so daß auch von ihm aus, der von jeher versuchte, einen starken Einfluß auf die Volkspolizei zu nehmen, der Widerstand desorganisiert wurde. Daß sowohl die Haftanstalt als auch das VPKA gegen das Eindringen der faschistischen Provokateure hätte geschützt werden können, zeigt das tapfere Verhalten des Leiters der Haftanstalt, Genosse VP-Mstr. K., der es verstand, bald 40 Minuten durch Vorhalten seiner Pistole den Hauptdruck von der HA abzuwehren. Erst als die Demonstranten hinter seinem Rücken durch den Keller des benachbarten MfS-Gebäudes eindringen, mußte er seinen Widerstand aufgeben.

Im Kreis Eisleben kam es ebenfalls durch unkonsequente Durchführung der Befehle durch den Amtsleiter, Gen. Kdr. H., und insbesondere durch den S-Leiter, Gen. Ob.Komm. M., und durch die im Amt Eisleben auftretende Feigheit der VP-Angehörigen zur vorübergehenden Besetzung der Höfe des Amtes und des Erdgeschosses sowie zum Sturm der Haftanstalt und Befreiung der Gefangenen. Auch hier wurde von der Schußwaffe trotz Anweisung nicht Gebrauch gemacht.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Daß bei konsequenter Durchführung der Befehle die Erstürmung der Volkspolizei-Objekte zu verhindern gewesen wäre, zeigt der Amtsleiter von Weißenfels, Genosse Oberrat J. Nachdem er von mir nochmals telefonisch darauf hingewiesen war, unbedingt von der Waffe Gebrauch zu machen, setzte er sich an die Spitze seiner Offiziere und Wachtmeister, und schon allein das entschlossene Ziehen der Waffe und unmißverständliche Mitteilung, daß geschossen werden würde [sic!], gelang es ihm, die bereits durch das Tor des VPKA eingedrungenen Demonstranten hinauszujagen, die Umgebung des VPKA und der Haftanstalt so zu sichern, daß es keine „Erfolge“ der Demonstranten in dieser Frage gab.

Ein gleiches energisches Auftreten zeigte der Genosse Ob.Komm. M., Amtsleiter des VPKA Quedlinburg, der durch kurze Ansprachen in den wesentlichsten Betrieben der Stadt Quedlinburg das Übergreifen der Streikbewegung vom EHW Thale auf diese Betriebe verhütete.

Die Leiter der nachgeordneten Dienststellen erhielten, nachdem sie alle telefonisch über die Lage durch mich informiert waren bzw. aus den Ereignissen in ihren Dienststellen selbst besser noch kannten als wir in Halle, 12.20 Uhr ein FS [Fernschreiben, d.Hg.] mit dem Inhalt, daß die Volkspolizei bei Demonstrationen nicht in Erscheinung treten solle, die wichtigsten Objekte zu sichern seien, insbesondere die Volkspolizei-Objekte, daß in äußersten Fällen der Einsatz der KVP möglich sei. 14.00 Uhr wurde ein weiteres FS von mir herausgegeben, worin angeordnet wurde, daß in allen Kreisen sofort von den Verantwortlichen der Kreisleitung der Partei, des VPKA, des Kreisrates, des MfS und, wenn möglich, der KVP ein Einsatzstab zu bilden sei, ferner operative Anweisung zur intensiven Sicherung aller Objekte sowie den nochmaligen betonten Hinweis darauf, daß alle Verbrecher, die in öffentliche Gebäude eindringen wollen, mit der Schußwaffe zurückgetrieben werden sollen.

Als gegen 14.00 Uhr die Lage in Bitterfeld sich so entwickelt hatte, daß dorthin keinerlei Verbindung mehr bestand, wurde von mir angeordnet, daß in Bitterfeld zum Einsatz kommen insgesamt acht Züge der Wacheinheit Halle, Wolfen und der BDVP unter Führung des Genossen Oberrat T. Die Aufgabe bestand darin, das VPKA unbedingt von den Aufrührern zu säubern und von dort aus den Widerstand und die Niederschlagung des Aufruhrs in Bitterfeld zu organisieren. Bei Eintreffen dieser Züge in Bitterfeld war die Lage allerdings von sowjetischen Soldaten insofern wieder hergestellt, daß unter dem Schutz der sowjetischen Freunde die einzelnen Organe im geringen Maße wieder begonnen hatten zu arbeiten.

Gegen 18.00 Uhr wurde vom VPKA Eisleben gemeldet, daß die Demonstranten sich gegen das Haftlager Volkstedt wenden. Da damit gerechnet werden konnte, daß bis zum Erreichen dieses Lagers ca. eine Stunde vergehen konnte, wurden die in Bitterfeld eingesetzten Einheiten sofort nach Volkstedt beordert. Sie wurden unterwegs angehalten, da inzwischen auch in Eisleben durch Eingreifen der Freunde die Demonstration zerschlagen worden war.

Nach Bildung der Einsatzleitung bei der Bezirksleitung (siehe unten), in der ich mich selbst mit vier weiteren Offizieren befand, und von der die gesamte operative Lenkung aller polizeilichen Gegenmaßnahmen vom Abend des 17. an erfolgte, und nach Bildung einer Einsatzleitung für den konzentrierten Einsatz des Bataillons bei der BDVP (14.00 Uhr) sowie nach der Bildung entsprechender Einsatzstäbe und Leitungen in den nachgeordneten Dienststellen kam am Nachmittag des 17. rasch eine feste Ordnung in den Einsatz der Volkspolizei. Die wesentlichsten Momente dabei allerdings war die Hilfe, die die sowjetischen Offiziere und Soldaten gaben. Ebenso eine erhebliche Unterstützung der Polizeiaktionen war der Einsatz der KVP, der schon am Abend des 17. mit 1.500 Mann im

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Bezirk vorgenommen werden konnte. Durch Verstärkungen aus einigen Standorten außerhalb des Bezirkes konnten zahlreiche Objekte im Bezirk mit KVP besetzt werden.

#### b) Verbindung zur Partei und anderen Organen

Als in den frühen Vormittagsstunden des 17. die ersten Ereignisse bekannt wurden, war von den Sekretären der Bezirksleitung lediglich die Genossin Haak anwesend. Sowohl der 1. wie alle anderen Sekretäre waren unterwegs.

Der 1. Sekretär, Genosse Glaser, fuhr noch 09.10 Uhr zu einer Beratung nach Berlin. Bis gegen 11.30 Uhr wurde zunächst laufend die telefonische Verbindung mit der Genossin Haak, dem Genossen Heinrich, stellv. Leiter der Dienststelle MfS, den verantwortlichen Offizieren der KPV-Dienststellen Halle und einem Offizier der sowj. Bezirksdienststelle aufrechterhalten. Gegen 11.30 Uhr wurde von mir der Vorschlag gemacht, sofort eine gemeinsame operative Leitung der Organe unter Hinzuziehung eines Vertreters des Rates des Bezirkes zu bilden. Durch die vorübergehende Besetzung der BZL kam es zunächst nicht zur Durchführung dieses Vorschlages.

Erst gegen 16.00 Uhr, als der Genosse Fred Oelßner vom Politbüro des ZK eintraf, kam es zur Bildung einer solchen Einsatzleitung, der angehörten der 1. Sekretär, Genosse Glaser, der aber erst gegen 19.00 Uhr aus Berlin zurückkehrte, und die Hauptverantwortlichen der genannten Dienststellen. Diese Einsatzleitung arbeitete bis zum 27. unter Besetzung durch die Vertreter der Leiter der genannten Dienststellen. Durch die Bildung dieser Einsatzleitung konnten auf der Linie der Partei und aller Staatsorgane schnell und koordiniert Maßnahmen getroffen werden, die sich im wesentlichen darauf konzentrierten, einmal die Wiederaufnahme der Arbeit durch alle Betriebsarbeiter zu erreichen, und zum anderen eine umfassende Sicherung aller gefährdeten Objekte sowie der Verkehrswege während des Ausnahmezustandes durchzuführen.

Am 17. und zum Teil auch noch am 18. zeigte sich in den Kreisen Bitterfeld, Merseburg, in den Leuna- und Buna-Werken, zum Teil auch im Kreis Eisleben mit dem Mansfeld-Kombinat, eine außerordentliche Passivität der Parteiorganisationen. Es wurde nur in ganz geringen Fällen der Versuch gemacht, die Mitglieder der Partei und die bewußten Arbeiter gegen die Provokateure und verhetzten Massen zu mobilisieren. Erst nachdem durch Ausrufung des Ausnahmezustandes und den Schutz der sowjetischen Freunde ein Operieren in den gefährdeten Gebieten weniger gefährlich war, festigten sich wieder die Sekretariate der Kreisleitungen und auch die unteren Parteieinheiten.

Ein drastisches Beispiel für das Verlassen der Positionen der Parteifunktionäre ist das des Parteisekretärs von Leuna und des Kulturdirektors, die beide das Werk verließen und sich auf den Weg nach Leipzig begaben, um von dort aus angeblich den Widerstand zu organisieren.

Es gibt aber trotzdem zahlreiche Beispiele, wo mitten in den Ereignissen des 17. in solchen Kreisen wie Bitterfeld, Eisleben und Merseburg, wo die Mehrzahl der Massen die Arbeit niederlegten und auf die Straße gingen, sich die Grundorganisationen unserer Partei fest hinter die neue Linie der Politik der Partei und der Regierung stellten.

Die Kreisräte und Bürgermeister spielten bei der Entfaltung eines Widerstandes gegen die Ereignisse fast keine Rolle, sondern in den meisten Fällen war es so wie in der Dienststelle des Bezirksrates selbst, wo die Angestellten bei Annäherung der Demonstranten fluchtartig das Gebäude verließen. Die Passivität der Mehrzahl auch leitender Funktionäre dieser Staatsorgane kommt drastisch zum Ausdruck beim stellv. Vorsitzenden des Rates des

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Bezirk, Genosse Rössler, der sich z.Zt. in der Nähe von Halle im Urlaub befand, dort von den Ereignissen hörte, aber keine Anstalten machte, sich sofort zur Verfügung zu stellen.

IV. Verhalten der leitenden Offiziere sowie anderer Offiziere und Wachtmeister

[...]

V. Schlußfolgerungen aus dem Einsatz der Volkspolizei

1. Die Hauptursachen dafür, daß es der Volkspolizei und anderen Staatsorganen und der Leitung der Partei am 17.6.1953 im Bezirk Halle in höchst ungenügendem Maße gelang, der entstandenen Lage Herr zu werden, war die vollkommene Ahnungslosigkeit von den Möglichkeiten, die die faschistischen Provokateure zur Organisierung ihres Tages X unter den breiten Massen besaßen. Die Ursache dafür ist darin zu suchen, daß die eigentliche Stimmung unter den Massen von Organen der Partei und der Volkspolizei sowie anderen Staatsorganen nicht richtig eingeschätzt wurde. Die zahlreichen Hinweise und Warnungen, die man heute rückschauend feststellen kann, wurden jedenfalls vor dem 17.6.1953 in höchst ungenügendem Maße als Grundlage einer tatsächlichen Einschätzung der Lage genommen. Das Politbüro der Partei hatte zwar entsprechende Schlußfolgerungen hinsichtlich einiger falscher Maßnahmen der Partei in den letzten Monaten gezogen, die die Unzufriedenheit der Massen erhöhten, doch ohne Zweifel schon in der Mobilisierung der Partei für diese ganz neue Politik der Partei liegt eine große Unterschätzung der eigentlichen Stimmung der Massen. Die Partei wurde nicht grundsätzlich in allen ihren Punkten nach Festlegung der neuen Politik mobilisiert, so daß der aufgrund des ungenügenden Verständnisses auch vieler Mitglieder der Partei für die Ursachen und die konkreten Maßnahmen der Politik keine breite Entfaltung der Kräfte der Partei in den Betrieben und unter den werktätigen Massen gab [sic!]. Der Gegner konnte die der Partei in ihren Tiefen unbekannt Unzufriedenheit der Massen und die Auslegung der neuen Politik der Partei durch Teile der Werktätigen als Schwäche der Partei zu seinen Gunsten verwenden, um in intensiver Hetze und gleichzeitiger konspirativer Arbeit den Tag X vorzubereiten und auf die Tagesordnung zu setzen.

Diesen allgemeinen Fehlern unterlag auch die Volkspolizei und die Parteiorganisation der Volkspolizei. Berichte über Erscheinungen von Unklarheiten über politische und wirtschaftliche Fragen unter den Werktätigen wurden stereotyp damit beantwortet, daß man formulierte: „Was habt ihr für Gegenargumente? Habt ihr die Massen überzeugt? Wenn nicht, seid ihr ideologisch schwach, müßt ihr noch besser und intensiver die Beschlüsse der Partei studieren.“ Die Schlußfolgerungen daraus müssen ohne Zweifel sein, daß die Kritiken der werktätigen Massen an der Politik der Partei sowie an der politischen und Wirtschaftslage ernster studiert werden und auch als Linie für die Partei dienen, um jederzeit entsprechende Schlußfolgerungen daraus zu ziehen, d.h. den schlechten Stimmungen nicht hinterhertraben, d.h. nicht opportunistisch zu werden, d.h. nicht nur die Grundsätze einer Partei neuen Typus in allen Schulungen darzulegen, nämlich mit den Massen eng verbunden zu sein, das Ohr an den Massen zu haben und auch von den Massen zu lernen.

Für die Volkspolizei gilt es, für die Analyse über die Lage in den Betrieben, auf dem

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---



Lande, der werktätigen Bevölkerung überhaupt wie für alle Wirtschaftsgebiete in entsprechenden Lageberichten usw. eine den Tatsachen entsprechende Berichterstattung zu organisieren und auch zu fordern und nicht eine Berichterstattung der Illusion aufrechtzuerhalten.

2. Bei Entstehung der Lage am 17.6. zeigten sich gerade bei leitenden Funktionären (siehe oben) entscheidende politisch-ideologische Schwächen. Die Fähigkeiten, dialektische Grundsätze in der Praxis anzuwenden, auch wenn eine Lage ganz neu und überraschend in Erscheinung tritt, muß gerade in der Ausnutzung der Erfahrungen der Vorkommnisse während der faschistischen Provokation besonders geschult und entwickelt werden.

Es war keine Einzelercheinung, daß gerade Genossen, die schon lange Jahre in der Arbeiterbewegung tätig sind, den wahren Klassencharakter der faschistischen Provokation nur schwer erkannten. Daß sogar dann noch, als faschistische Terroristen öffentliche Gebäude zertrümmerten, demokratische Funktionäre schwer mißhandelten, weiter leitende Funktionäre der Volkspolizei der Meinung waren, daß es sich insgesamt um „Arbeiter“ handele, gegen die man nicht mit allen Mitteln – auch mit Waffengewalt – vorgehen könne, zeugt davon, daß viele theoretisch-formal die Fragen der Wachsamkeit gegenüber fasch.-imp. Agenten und Provokateuren begriffen hatten, aber die Lehren z.B. aus der Vorbereitung des II. Weltkrieges durch die deutschen Faschisten und USA-Imperialisten, die Lehren aus den Kostow-, Rajk- und Slansky-Prozessen nicht mit solcher Härte und Konsequenz gezogen wurden, um sie in unserer praktischen Tätigkeit jedoch jederzeit bis zum letzten anwenden zu können.

Deshalb müssen die Lehren aus den Ereignissen des 17.6. in Verbindung mit den oben genannten anhand von praktischen Beispielen aus den Ereignissen dieser Tage so intensiv und konkret unter Darstellung unserer Fehler bei allen Offizieren und Wachtmeistern behandelt werden, daß jegliche Illusion über die Härte des Klassenkampfes vertrieben wird.

3. In den ersten Tagen des Einsatzes zeigte sich, daß unsere Polit-Organen und Parteiorganisationen ihre eigentliche Aufgabe ungenügend lösten. Das zeugt von einer mangelhaften ständigen Verwirklichung der führenden Rolle der Partei und ihrer Polit-Organen in der Vergangenheit. Die Erfahrungen in den einzelnen Dienststellen müssen als konkretes Anschauungsmaterial benutzt werden, um allen Polit-Arbeitern und Parteifunktionären und Mitgliedern der Partei ihre eigentlichen Aufgaben in solchen Situationen darzulegen. Damit kann eine grundlegende Wendung in der praktischen Tätigkeit unserer Partei- und Polit-Organen erreicht werden.

4. Erfahrungen während des Einsatzes zeigten, daß die Kader des Offiziers- und Wachtmeisterbestandes in vielen Fällen nicht richtig eingeschätzt wurden. Der Einsatz der VP-Angehörigen zur Zerschlagung der fasch. Provok. war die beste Möglichkeit, die Zuverlässigkeit der Kader kennenzulernen. Neben der festgestellten Tatsache, daß die Kader der Volkspolizei sich im wesentlichen gut bewährt haben, gab es auch in vielen Fällen mangelndes Klassenbewußtsein, ungenügende persönliche Verantwortung, opportunistisches Verhalten, sogar glatten Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse.

In Auswertung dieser Erfahrungen muß durch leitende Funktionäre mit Hilfe der Parteiorganisation eine genaue Einschätzung aller Offiziere und Wachtmeister hinsichtlich ihres Verhaltens vorgenommen werden, damit entsprechende Schlußfolgerungen daraus gezogen werden können.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

5. Bei leitenden Organen der Volkspolizei einschl. der HVDVP zeigten sich ernste Schwächen, die Erkenntnis der Lage sofort in richtige operative Anweisungen für die volkspolizeiliche Aufgabe umzusetzen. Das zeigte sich einmal über Mangel an Informationen für die nachgeordneten Dienststellen über die tatsächliche Lage, den Mangel, sofort aufgrund der entstandenen Lage arbeitsfähige Einsatzleitungen zu bilden, den Mangel, die Befehlsgebung richtig zu organisieren und die Befehle knapp, konkret und erschöpfend zu formulieren, den Mangel auch an taktischer Fähigkeit beim Einsatz der Kompanien, Züge und Gruppen. Daraus muß die Schlußfolgerung gezogen werden, daß sehr schnell eine Ausbildung der leitenden Kader der Volkspolizei und auch der Kompanie-, Zug- und Gruppenführer organisiert wird, durch die auch diese Kader die notwendigen Fähigkeiten sich aneignen können.
6. Die in den Dienststellen aufgrund der Ausbildung und Schulung vorhandenen Züge und Gruppen bestanden in den wenigsten Fällen die Kampfprobe. Meistens mußten sie vor Einsatz umgruppiert werden. Dabei zeigten sich noch erhebliche Reste der bisher falschen Einteilung. So erwies sich z.B. die Einteilung gesonderter Offiziers- und Wachtmeisterzüge für die Ausbildung als nicht richtig, wobei noch nicht einmal in den Wachtmeisterzügen ein Offizier das Kommando führte. Im Einsatz wurden so Wachtmeisterzüge durch Offiziere kommandiert, die aufgrund mangelnder Erfahrung ungenügend die Kommandos beherrschten und dadurch ihre eigene Autorität schwächten. Die Besetzung der leitenden Positionen der Ausbildungsbataillone, Kompanien, Züge und Gruppen muß auch bei der Ausbildung aufgrund der während des Einsatzes gemachten Erfahrungen vorgenommen werden, wonach solchen Offizieren die Leitung übertragen wird, die sich im Einsatz durch gute politische und taktische Fähigkeiten ausgezeichnet haben. So werden sowohl für die Ausbildung wie für den Einsatz jederzeit kampfbereite Einheiten entstehen. Außerdem ist es notwendig, daß auch schon in der Zeit der Ausbildung jedem Zug ein politischer Arbeiter beigegeben wird.
7. Die bisherige Ausbildung bedeutet zwar gegenüber dem vorjährigen Stand einen wesentlichen Fortschritt, zeigte sich aber gegenüber den in den Tagen des Einsatzes anwachsenden Aufgaben als höchst ungenügend. So waren dem größten Teil der VP-Angeh. die elementarsten Grundsätze des Einsatzes unbekannt. Daraus entsteht die Aufgabe, schnellstens den taktischen Einsatz der Züge, Gruppen anhand der sich aus der Praxis ergebenden Aufgaben zu schulen und nicht nur die formalen Bedingungen der Bewegungen von Zügen und Gruppen zu behandeln. Die Schießausbildung war bisher ungenügend. Das zeigt sich darin, daß viele VP-Ang. kein Zutrauen und keine Verbundenheit zu ihrer Waffe hatten. Es ist notwendig, auch hierin, auch an neuen Waffen, eine ständige und der Praxis angepaßte Ausbildung zu entwickeln.
8. Obwohl sich in vielen Dienststellen des Bezirkes Halle zeigte, daß noch nicht einmal die vorhandenen Waffen voll ausgenutzt wurden wie z. B. Karabiner, ist es jedoch erforderlich, die VP mit Schnellfeuerwaffen auszurüsten wie Maschinenpistolen, LMG und auch einigen SMG. Dadurch wird das Bewußtsein der Volkspolizisten auch von materieller Seite her gestärkt werden, eine wirkliche Kampfeinheit zu sein, die auch solchen terroristischen Ereignissen wie dem 17.6.1953 gewachsen ist. Und nicht nur im Bewußtsein der

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Volkspolizisten wird sich dies bemerkbar machen, sondern auch in der effektiven Kampfkraft.

9. Für die BS-Einheiten ist es erforderlich, Grundsätze für ihr volkspolizeiliches Verhalten zu entwickeln für eine solche Situation wie die, die es in Großbetrieben des Bezirkes gegeben hat, daß der gesamte Betrieb die Arbeit niederlegte und die im Verhältnis zu diesen Massen geringe Zahl der Volkspolizisten bedroht wurden. Es zeigte sich, daß die BS teilweise in eine äußerst hilflose Lage gerieten und vorübergehend sogar die Funktion des Schutzes des Betriebes vor Zerstörung der Anlagen nur im Interesse von sogenannten Streikleitungen wahrnahmen. Die Einzelheiten solcher Grundsätze des taktischen Verhaltens müssen auf der Grundlage der Ergebnisse einer genauen Analyse behandelt werden.  
Es zeigte sich, daß die Haftanstalten gegen den Überfall solcher Massen ungenügend geschützt sind. Es ist notwendig, auch hier schnellstens Schlußfolgerungen zu ziehen, um auf Grund der Erfahrungen evtl. bauliche Veränderungen durchzuführen und auch eine bessere Bewaffnung der Besatzung der Gefangenenanstalten vorzunehmen.
10. Beim Einsatz der KVP traten außerordentliche Verzögerungen auf. Obwohl beim MdI aufgrund der Berliner Ereignisse für den Einsatz bereits hätten Schlußfolgerungen gezogen werden müssen, waren die Kommandeure der KVP-Einheiten im Bezirk noch in den Mittagsstunden gezwungen, laufend Telefongespräche mit zentralen Kommandostellen zu führen, um zum Einsatz zu kommen. Hier zeigt sich ein gefährlicher Formalismus und mangelnde politische Auswertung der Geschehnisse. Eine Änderung solcher bürokratischer Methoden ist unbedingt erforderlich. Beim Einsatz der Einheiten der KVP zeigte sich eine ungenügende Ausbildung für derartige Einsätze. Die KVP sollte ernste Schlußfolgerungen aus einigen dieser Lehren ziehen.
11. In diesem vorliegenden Gesamtbericht ist es kein Zufall, daß die fr. [freiwilligen, d.Hg.] Helfer so gut wie nicht erwähnt wurden. Das spiegelt nur die Tatsache wider, daß die bisherige Organisation, Ausbildung und Schulung der fr. Helfer solchen ernsten Belastungsproben wie den Ereignissen des 17. nicht standhielten. Diese ernste Lage sollte für alle verantwortlichen VP-Offiziere und insbesondere ABV dazu führen, die Zuverlässigkeit der fr. Helfer eingehend zu überprüfen, die Einsatzmöglichkeit besser zu überprüfen und während der jeweiligen Einsätze intensiv an der Entwicklung volkspolizeilicher Fähigkeiten bei den fr. Helfern zu arbeiten.
12. Aus einem so ernsten Fehler der Polizeiführung, der Hauptverwaltung, die Chiefs der BDVP nicht konkret und ausführlich über die Entwicklung der Lage in Berlin am 16.6.1953 informiert zu haben und notwendige volkspolizeiliche Anweisungen zur Alarmierung und zur schnellsten polit-moralischen Vorbereitung aller Offiziere und Wachtmeister gegenüber den drohenden Gefahren gegeben zu haben, ist es erforderlich, daß die Polizeiführung ernste Schlußfolgerungen zieht, die darin liegen müssen, genau so, wie es von jedem Offizier und Wachtmeister gefordert wird, je nach Lage und Verantwortlichkeit, wohlüberlegte und dem Tempo der Entwicklung angepaßte Entscheidungen zu treffen, Informationen zu geben und auch die prinzipiellen Anordnungen hinsichtlich des Verhaltens und der Aufgabe der Volkspolizei für solche Situationen zu geben.

Dieser Bericht stellt eine erste grobe zusammenfassende Darstellung der Entwicklung und des Ablaufes der faschistischen Provokationen am 17.6.1953 im Bezirk Halle dar. Das Studium der Erfahrungen und Lehren, die für die volkspolizeiliche Arbeit aus den Ereignissen sich

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

entwickelten, konnten bisher nur im größten Umfange durchgeführt werden. Deshalb sind auch die aufgeführten Schlußfolgerungen zunächst nur die wesentlichsten Erkenntnisse. Es ist Aufgabe sowohl der leitenden Organe der Volkspolizei in der Polizeiführung, bei den Bezirksbehörden, so auch in den Volkspolizeiämtern, die Schlußfolgerungen zu erarbeiten und zu konkretisieren, damit auf allen Gebieten, auf denen sich erhebliche Mängel zeigten, entsprechende Ordnung eintritt, damit die Volkspolizei gewappnet, schlagkräftig und bewußter in Zukunft allen Provokateuren entgegentreten kann und auch fähig ist, in den alltäglichen Aufgaben der Sicherung unserer Republik noch bessere Erfolge zu erreichen.

Komm. Chef der Deutschen Volkspolizei  
im Bezirk Halle/Saale  
Zaspel  
VP.-Inspekteur

[Quelle: BArch, D0-1/11.0/305, Bl. 238-264.]

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---